

Recevez-vous par avion

Recevez-vous par avion

p.B. 58.06.4 -RY/RJ

X

X

Secrétariat pol.

1

wochentx

Directives politiques hebdomadaires no 10/88 du 28 mars 1988

Assistance humanitaire suisse dans conflit Iran-Irak

A la demande Gouvernement iranien, notre Departement a décidé le 24.3.1988 que Corps suisse en cas de catastrophe procéderait à envoi de matériel sanitaire destiné à faciliter soins aux victimes des effets des armes chimiques engagées récemment dans conflit Iran-Irak. Cet envoi sera accompagné par petite équipe médicale qui aura pour tâche:

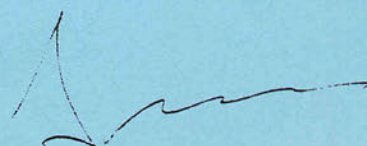
- a) de remettre materiel aux hopitaux concernes;
- b) de determiner besoins supplementaires eventuels de L'Iran en matiere medicaments et equipement medical;
- c) d'examiner opportunité d'envoyer une ou deux équipes médicales pour assister medecins sur place;
- d) de constater s'il y a des blessés graves dont traitement adequat ne pourrait être assuré qu'en Suisse même.

Precisons qu'il s'agit d'une mission de caractere humanitaire en faveur blessés rassembles dans hopitaux a Tabris, Teheran et Ispahan. Elle ne se rendra donc pas dans regions frontalières ou des bombardements avec armes chimiques ont eu lieu. Ceci est affaire du CICR qui, en vertu 4eme Convention de Genève, a pour devoir assister populations civiles.

Avons prié notre Ambassade à Teheran, en informant MAE, d'intervenir aussi pour que CICR puisse accomplir mission qui lui incombe

28.3.88

30 41



Dodis



TELETYPE
UNIT
MAY 1988

Revised: 1988-05-10

Revised: 1988-05-10

2

dans régions touchées.

En avons également fait part à Ambassadeur d'Irak à Berne. Sommes naturellement disposés à fournir même type d'assistance à Irak si son Gouvernement en fait demande. Brunner

////

copies :BRF/BRE/RV

NNNN

28.3.88

30 41

Information hebdomadaire 11/88Offizieller Besuch des britischen Aussenministers
Sir Geoffrey Howe in Bern, 25. März 19881. Allgemeines

Anlässlich des ersten offiziellen britischen Aussenministerbesuches in der Schweiz seit der Visite 1973 von Sir Alec Douglas Home traf Sir Geoffrey Howe (H) zu einem umfassenden Meinungsaustausch mit Bundesrat Felber (BRF) zusammen. Daneben traf er zu kürzeren Gesprächen auch die Vorsteher des Volkswirtschafts- und des Militärdepartementes und stattete auch dem Bundespräsidenten einen Höflichkeitsbesuch ab.

Beidseits konnte das ausgezeichnete und freundschaftliche Verhältnis zwischen Grossbritannien und der Schweiz konstatiert werden. Die pendenten bilateralen Probleme sind eher von untergeordneter Bedeutung und erforderten keine Diskussion auf Ministerebene.

Im Mittelpunkt des Gespräches mit BRF standen Fragen der europäischen Zusammenarbeit, der Ost-West-Beziehungen, KSZE-Verhandlungen in Wien sowie regionale Konflikte (Naher Osten, Iran/Irak, Südafrika).

2. Europäische Integration

BRF erläutert den Stand der in der Schweiz im vergangenen Jahr verstärkt in Gange gekommene Diskussion CH-Europa. Entscheidend mit zur Diskussion beigetragen haben die dritte EG-Erweiterung und die generelle Beschleunigung des Integrationsprozesses (Verabschiedung der einheitlichen europäischen Akte, europäischer Binnenmarkt für 1992). Diese Perspektiven haben in verschiedenen Kreisen in der Schweiz tatsächlich eine gewisse Beunruhigung ausgelöst (Isolierungsgefahr).

Für die Schweiz steht ein EG-Beitritt zur Zeit nicht zur Diskussion. Neben den bekannten Schwierigkeiten schweizerischerseits (u.a. Neutralität, direkte Demokratie, Souveränitätseinschränkung,) ist man sich so BRF seitens der schweizerischen Regierung auch bewusst, dass die EG die jüngste Erweiterung zuerst verdauen müsse und wohl bis Ende des nächsten Jahrzehntes gar nicht an die Aufnahme neuer Mitglieder denke. Eine Politik auf einen Beitritt ausrichten zu wollen wäre schon allein aus diesem Grunde sinnlos.

Die Schweiz befinde sich derzeit in einer Phase der Reflexion, in der es namentlich darum gehe, die Stellung der Schweiz in Europa und besonders gegenüber der EG in wirtschaftlicher Hinsicht als auch in den nicht-wirtschaftlichen Aspekten (Groupe de reflexion) einer eingehenden Ueberprüfung zu unterziehen. Die Politik der pragmatischen Zusammenarbeit mit der EG müsse weitergeführt, und wo nötig, intensiviert werden. Dafür sei die Schweiz auch auf die Unterstützung der EG-Mitgliedstaaten angewiesen. In der Schweiz sei man sich der wachsenden Interdependenz CH-EG durchaus bewusst: Ein Ausfluss sei die kürzlich vom Bundesrat beschlossene Klausel, wonach sämtliche Ge-

setzesbotschaften einen Hinweis enthalten müssen, ob neu vorgeschlagene Gesetzesbestimmungen mit der EG-Gesetzgebung übereinstimmen und eine Darlegung der Gründe für eine allfällige Abweichung.

Howe misst der politischen und wirtschaftlichen Festigung der EG-Einheit grosse Bedeutung zu. Gleichzeitig müsse jedoch alles daran gesetzt werden, dass diese Einheit nicht zu einer Kluft zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern führe und nicht mehr auf Kosten der Nicht-Mitglieder gehe.

Deshalb seien GB und die EG insgesamt grundsätzlich zu jedem Arrangement bereit, dass eine Vertiefung der Zusammenarbeit ermöglicht. Die Probleme liegen bekanntlich jedoch im Detail. Dort müssten Lösungen gefunden werden, wobei pragmatische Überlegungen begleitend sein müssten.

Zum Souveränitätsproblem: Beitritt / Nicht-Beitritt: Im Falle eines späteren Beitrittes muss ein Neu-Mitglied das geltende EG-Recht und die EG-Politiken global übernehmen. Norwegen, das sich mittelfristig deutlich auf einen Beitritt hin bewege (Zeitpunkt noch ungewiss), werde z.B. EG-Fischerei-Politik übernehmen müssen, auch wenn diese zweifellos nicht ganz in seinem Sinne ausgerichtet ist. Dieses Handicap ist eine unmittelbare Folge des 1972 im Referendum getroffenen Entschides des Nicht-Beitrittes. Auch GB habe diese Erfahrungen deutlich gemacht, namentlich im Budget- und Agrarbereich. Es habe jahrelanger grösster Anstrengungen bedurft, um das im Zeitpunkt des Beitrittes zu Lasten GB's bestehende Ungleichgewicht der Kostenverteilung einigermaßen zu korrigieren. Aber auch Nicht-Mitglieder müssten sich aufgrund der faktischen Interdependenzen in beträchtlichem Ausmasse an die Entwicklungen der EG anpassen. Auch dies stelle eine de facto-Form des Souveränitätsverlustes dar. Dies sei auch Hauptgrund dafür gewesen, weshalb sich GB für einen Beitritt entschlossen hatte; nämlich die Inanspruchnahme von Mitbestimmungsmöglichkeiten, die den Nicht-Mitgliedern versagt bleibe.

Die Einheit der EG sei durch den Beitritt Spaniens/Portugals möglicherweise komplexer, aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt worden. Die Gefahr eines Europa à deux vitesses sei vor einigen Jahren klar grösser gewesen als heute. Eine solche Entwicklung wäre keinesfalls wünschenswert und müsse unbedingt vermieden werden. Der jüngste EG-Gipfel habe allen Beteiligten klar vor Augen geführt, dass Paketlösungen getroffen werden müssen, wo alle Mitglieder gleichzeitig Konzessionen machen als auch Teilinteressen verwirklichen können. Innerhalb der EG bestünden heute nicht zwei feste Gruppierungen (Nord/Süd), sondern je nach Sachfragen wechselnde Allianzen. Die Aussichten des Einigungsprozesses werden von Howe als ermutigend beurteilt.

Rolle der EPZ: Im Gegensatz zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die supranationaler Natur ist und Mehrheitsentscheide notwendig macht, dient die EPZ einer Art internationalen ausserpolitischen Zusammenarbeit, die einen wichtigen und z.T.

auch erfolgreichen Rahmen (z.B. Nahostpolitik) für die aussenpolitische Meinungsbildung und Durchführung der nationalen Aussenpolitiken darstellt. Diese Zusammenarbeit hat keinen supranationalen Charakter, hingegen zeichnet sich zunehmend eine verstärkte Institutionalisierung der EPZ ab. In diesem Bereich wäre auch ein Ausbau der pragmatischen Zusammenarbeit mit Nicht-Mitgliedern durchaus möglich, z.B. in Form regelmässiger Information und evt. Konsultation der EFTA-Mitglieder über die EPZ.

EG - Erweiterung: Diese werde realistisch betrachtet nicht schnell voranschreiten. Die EG sei nach wie vor beschäftigt, die Süderweiterung zu verdauen und zeige daher wenig Interesse, sich in nächster Zukunft mit der Türkei, dessen Beitritts-gesuch in Prüfung begriffen sei, zusätzliche Lasten aufzubürden. Norwegen sei wohl das jeweilige EFTA-Land, dass sich am klarsten in Richtung EG bewege.

EG - CH: Howe zeigt grosses Interesse für die in der Schweiz im Gange befindliche Europa-Diskussion und -Reflexion und bekundet grosses Verständnis für die bekannten hohen Hürden, die einem allfälligen EG-Beitritt entgegenstehen. Klar gibt er zu verstehen, dass aus britischer Sicht die Zusammenarbeit EG-CH durchaus zufriedenstellend funktioniere und keinerlei Anlass für eine Panikstimmung in der Schweiz und ein übereiltes Vorgehen (auch seitens anderer EFTA-Mitglieder) bestehe.

3. Europarat

BRF unterstreicht die Bedeutung, welche die Schweiz dem Europarat beimisst. Dieser könnte gemäss schweizerischer Auffassung in gewissen Bereichen neu belebt werden, wobei auf eine strikte Komplementarität zur EG geachtet werden müsste. Im Vordergrund stehen auch zukünftig die traditionellen Bereiche des Europarates, wie Menschenrechte, Naturschutz, Regionalpolitik, evt. könnten auch im kulturellen Bereich verstärkte Initiativen entwickelt werden.

Howe bestätigt, dass auch für GB der Europarat eine äusserst wertvolle Institution sei, die durch die Ausdehnung der EG keineswegs an Nutzen eingebüsst habe. Es müsse jedoch jede Duplizität oder falsches Konkurrenzdenken zwischen EG und Europarat vermieden werden. Der Europarat sollte weiterhin seine Rolle in seinen angestammten Gebieten spielen und wohlmöglich verstärken. Namentlich im Menschenrechtsbereich sei der positive Einfluss, auch im politischen Umfeld (z.B. Türkei), nicht mehr wegdenkbar. Das verstärkte Interesse gewisser Staaten Osteuropas (Polen, Ungarn etc.) am Europarat sei in diesem Sinne äusserst begrüssenswert und förderungswürdig, könnten doch damit in Sachen Menschenrechten als auch im politischen Dialog diese Staaten Osteuropas stärker in den Dialog eingebunden werden.

4. CERN

BRF ruft, unter Hinweis auf seine kürzlichen Gespräche mit dem britischen Unterstaatssekretär für Forschung und Wissenschaft, Robert Jackson, die grosse Bedeutung in Erinnerung, welche die

Schweiz einem Verbleiben GB's im CERN beimisst. CERN spiele in der europäischen Forschungszusammenarbeit eine herausragende Rolle. Die Schweiz sei mit GB darüber einig, dass gewisse Finanz- und Budgetreformen gerade auch im CERN notwendig seien.

Howe bestätigt, dass GB im CERN bleiben wolle und keinen Austritt anstrebe. Hingegen sei es hiefür unumgänglich, dass die notwendigen Reorganisationsmassnahmen und Budgetreformen möglichst bald umfassend in die Wege geleitet werden.

5. Ost- West-Beziehungen

BRF erläutert die schweizerische Haltung im Abrüstungsbereich in der Folge des INF-Abkommens.

In der allgemeinen Beurteilung des Standes und des Vorgehens in der Rüstungskontrolle und des INF-Abkommens durch die GB und die Schweiz ist eine weitgehende Uebereinstimmung festzustellen. Das INF-Abkommen stellt einen positiven Schritt in die richtige Richtung dar, muss jedoch von weiteren Abkommen, namentlich auch im konventionellen und chemischen Bereich gefolgt werden, um so die bestehenden sektoriellen Ungleichgewichte weiter abzubauen.

Howe hebt die grosse Bedeutung der schweizerischen Verteidigungsbereitschaft hervor, die aufgrund ihrer Glaubwürdigkeit weltweit Respekt geniesse. Er zeigt auch grosses Verständnis für die schweizerische Position (KSZE-Verhandlungen), dass für die Schweiz als Kleinstaat ohne Nuklearwaffen eine Abrüstung derzeit nicht zur Frage stehen kann, solange in beiden Blöcken ein derartiges Rüstungspotential besteht.

Es stimmt mit der von BRF dargelegten Auffassung überein, dass die periodisch zur Diskussion gelangende Idee der Schaffung von nuklearfreien Korridors in Europa keinen gangbaren Weg für eine Erhöhung der Sicherheit und Stabilität in Europa darstellt.

Die Reformbemühungen von Gorbatschow hält Howe, der vor Monatsfrist mit Gorbatschow ausführliche Gespräche geführt hat, für echt. Dieser Reformwille basiere auf der klaren Erkenntnis, dass eine Sanierung des desolaten sowjetischen Wirtschaftssystem nicht ohne tiefgreifende Reformen möglich sei. Inwieweit Gorbatschow tatsächlich zu einem tiefgreifenden Strukturwandel bereit und vor allem auch fähig sei, diese durchzusetzen ist auch für Howe eine völlig offene Frage. Die britische Antwort und Reaktion auf die Reformvorgänge in der UDSSR können wie folgt zusammengefasst werden: "realisme; vigilance; open mind". Völlig offen präsentiert sich auch die Frage, wie weit und wie schnell die übrigen Ost-Blockstaaten sich in Richtung Reform bewegen dürfen, ohne mit Moskau in Schwierigkeiten zu geraten.

Der Westen (NATO) muss jedoch nach britischer Auffassung gerade auch in dieser Phase des verstärkten Dialoges alles daran setzen, seine Verteidigungsbereitschaft (auch im nuklearen Bereich) aufrechtzuerhalten und keinenfalls zu vernachlässigen.

Der Westen würde sich falscher und gefährlicher Illusionen hingeben, wenn er sich in seiner Sicherheitspolitik am Ziel der Herstellung einer nuklearfreien Welt in absehbarer Zukunft orientieren würde.

6. K S Z E

BRF informiert über den von der N + N - Gruppe ausgearbeiteten Entwurf betr. militärische Zusammenarbeit. An einer speziellen Arbeitssitzung der N + N - Delegationschefs und Koordinatoren am 6. / 7. April in Genf soll ein umfassendes Schlussdokument ausgearbeitet werden. Die Schweiz hofft, dass die stagnierende Konferenz mit der Eingabe dieses Dokumentes neu lanciert werden kann. Ein N + N - Ministertreffen in Wien voraussichtlich am 12. / 13. Mai sollte diesen Bemühungen das notwendige politische Gewicht verleihen. Die Schweiz messe den Menschenrechten als auch den Fragen des Umweltschutzes eine hohe Priorität zu. Die Menschenrechtsfragen sollten deshalb nicht bloss auf Niveau Expertentreffen, sondern in einer seperaten, eigenständigen Konferenz weiter behandelt werden. Wo diese stattfinde sei von untergeordneter Bedeutung, wobei auch Moskau, vernünftige Rahmenbedingungen vorausgesetzt, als Tagungsort für die Schweiz denkbar sei.

Howe unterstreicht die Bedeutung, welche GB dem KSZE-Prozess beimisst. Dieser ist zweifellos das wichtigste und effizienteste Instrumentarium zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in Osteuropa. Howe hebt die positive Rolle hervor, welche die N + N - Staaten und namentlich die Schweiz im Rahmen des KSZE-Prozesses spielen. In diesem Sinne werde man auch die N + N - Vorschläge zum Schlussdokument sorgfältig studieren. Howe gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass das Schlussdokument die notwendige Kohärenz aufweise. Es gelte in dieser kritischen Phase, Standfestigkeit zu zeigen und der UDSSR keinen Ausweg via die Hintertür zu ermöglichen. Eine Wiederholung der schmerzhaften Erfahrungen des Berner Treffens müsse unter allen Umständen vermieden werden.

Der Idee der Durchführung einer Menschenrechtskonferenz in Moskau steht GB nach wie vor mit grösster Skepsis gegenüber. Anlässlich seiner jüngsten Gespräche in Moskau, so Howe, habe er auch bei der sowjetischen Führung bezüglich dem Tagungsort Moskau eine überraschend grosse Zurückhaltung feststellen können (Armenier-Probleme?).

Schliesslich nimmt Howe mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die Schweiz im Zusammenhang mit dem spezifisch schweizerischen Problem der Ankündigung von (Teil-) Mobilmachungen den Abschluss der Gespräche in Wien auf keinen Fall verzögern wolle. Die Schweiz wird allenfalls, falls nötig, wie bereits in Stockholm einen entsprechenden Vorbehalt anbringen.

7. Afghanistan

BRF informiert über die schweizerischerseits den Konfliktparteien zum Ausdruck gebrachte Disponibilität zur Leistung guter Dienste und Hilfe, namentlich auch bezüglich der Rückführung von Flüchtlingen. Der Bundesrat habe sich vor

kurzem grundsätzlich für den Ausbau des Instrumentariums zur Ausrichtung von friedenssichernden Massnahmen ausgesprochen. Howe steht unter dem Eindruck, dass die UDSSR tatsächlich sobald als möglich die Truppen zurückziehen möchte. Die genauen Modalitäten könnten aber noch längere Verzögerungen verursachen. Namentlich die Bildung der Uebergangsregierung bereitet grosse Schwierigkeiten. Von westlicher Seite könne derzeit nicht viel geholfen werden. Der Westen müsse sich jedoch bereit halten, um im gegebenen Moment finanzielle und politische Unterstützung leisten zu können, namentlich auch was die Flüchtlingsproblematik anbetrifft.

8. Naher Osten / Golfkrieg

In beiden Regionalkonflikten ist eine weitgehende Uebereinstimmung der Lage festzustellen.

Naher Osten: Geteilt wird die Besorgnis der zunehmenden Eskalation der Gewalt in den besetzten Gebieten. Beidseits positiv beurteilt wird die jüngste Nahost-Initiative von Staatssekretär Shultz. Howe ist der Ueberzeugung, dass ohne ein starkes Engagement der USA, das in den letzten Jahren leider gefehlt hat, keine Aussichten auf eine Verbesserung der Lage im Nahen Osten bestehe.

Im Golfkrieg ist man beidseits bestürzt über die jüngste Eskalation, die mit dem Einsatz von chemischen Waffen seitens des Iraks einen traurigen Höhepunkt erreicht hat.

BRF informiert über die aufgrund einer iranischen Demarche von der Schweiz, im Einvernehmen mit dem IKRK, beschlossene Entsendung eines Mini-Aerzteteams und von Medikamenten im Rahmen des Katastrophenhilfekorps. Für die Schweiz stelle sich auch die Frage betreffend von Iran gewünschte Aufnahme von durch Chemieeinsätze verletzte Zivilisten.

Howe erklärt, GB habe in früheren Fällen verschiedentlich entsprechende humanitäre Hilfe an iranische Opfer geleistet. Die britische Regierung sei empört über die Verwendung von chemischen Waffen. Der irakische Aussenminister habe ihm vor zwei Wochen in London auf diesbezüglichen Vorhalt erklärt, Irak sei als kleines Land darauf angewiesen, sämtliche Verteidigungsmittel, inklusive chemische Waffen zu benützen, um sich der iranischen Uebermacht zu erwehren.

9. Südafrika

Die Lage in Südafrika wird angesichts der unnachgiebigen Haltung der Regierung beidseits pessimistisch beurteilt. Die gewählten Instrumentarien der Südafrikapolitik stimmen weitgehend überein: Verzicht auf negative Sanktionen; positive Massnahmen zugunsten der Opposition als auch der

Frontline-Staaten; Aufrechterhaltung des Dialogs mit den Konfliktparteien.

BRF informiert über die Idee, den Dialog von Dakkar an einem weiteren Treffen dieses Jahr in der Schweiz fortzusetzen, wobei diesmal auch Vertreter der südafrikanischen Regierung (oder ihr nachstehende Personen) eingeschlossen werden müssten.

Howe hält eine solche Konferenz, die im gewissen Sinne eine Wiederholung der Eminenten Gruppe des Commonwealth darstellt, für einen Schritt in die richtige Richtung, auch wenn man sich angesichts der unnachgiebigen Haltung Präsident Bothas keinerlei Illusionen über rasche Fortschritte hingeben dürfe. Howe gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Schweiz ihre bisherige kohärente und konstruktive Südafrikapolitik, die Sanktionen ausschliesse, weiterführen werde.

BRF hält es für notwendig, dass die Positionen von Zeit zu Zeit überprüft werden müssen, wenn sich zeige, dass aufgrund der südafrikanischen Regierungspolitik die bisherigen positiven Massnahmen nicht mehr geleistet werden könnten. Er glaubt jedoch nicht, dass sich der Bundesrat in absehbarer Zukunft für Sanktionen entscheiden werde.

10. Hong Kong / China

Howe zeigt sich optimistisch, dass die Transition Hong Kongs planmässig verlaufen werde. Die britische Regierung sei der festen Ueberzeugung, dass die getroffene Lösung: ein Land - zwei Systeme, welche für die nächsten 50 Jahre die weitgehende Beibehaltung des Status Quo für Hong Kong sichern sollte, die einzig realistische Verhandlungslösung gewesen sei. Auch in China scheine man sich zunehmend über die weitreichenden Vorteile bewusst zu werden, welche ein offenes, auf den Westen ausgerichtetes wirtschaftsstarkes Hong Kong für China bedeuten könnte. Die regelmässigen Konsultationen mit seinem chinesischen Gegenüber, die der Ueberwachung der Inkraftsetzung des Abkommens dienten, bezeichnet er als äusserst positiv.

11. Falkland

Howe dankt der schweizerischen Regierung herzlich für die ausgezeichnete und wertvolle Vertretung der britischen Interessen in Argentinien (ebenso auch für das Ende 1986 erfolgreich abgeschlossene Mandat in Guatemala).

Die britische Position sei nach wie vor unverändert und klar: GB sei an einer Normalisierung seiner Beziehungen zu Argentinien auf allen Gebieten interessiert. Dies umfasse die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen, von vollen Handelsbeziehungen als auch Luftfahrtsbeziehungen. Entsprechende konkrete britische Vorschläge zu all diesen Themen lägen bereits seit längerer Zeit auf dem Tisch von Präsident Alfonsin.

Ausgeschlossen sei jedoch eine Diskussion der Frage der Souveränität der Falklandinseln. Die Souveränität könne nicht

Gegenstand von Verhandlungen bilden, zumal diese auf dem Konsensus der Bevölkerung beruhen müssten. Entscheidender Faktor sei auch, dass Argentinien eine militärische Lösung des Konfliktes in einem Moment gesucht habe, als Grossbritannien Gespräche über die zukünftige Gestaltung der Souveränität führte. Britischerseits könne das oft vorgebrachte Argument auf keinen Fall akzeptiert werden, die Wiederaufnahme der Diskussion über die Souveränität müsse quasi als Belohnung für die Demokratisierungsfortschritte in Argentinien und zu deren Sicherstellung offeriert werden. Dieses Argument entbehre jedoch jeglicher Vernunft. Ebenso unbegründet sei der oft gehörte Vorwurf, die Weigerung der britischen Regierung zur Wiederaufnahme der Gespräche basiere lediglich auf der Intransigenz der Premierministerin.

Howe gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass die unter amerikanischer Mithilfe im Gange gekommenen Kontakte betreffend Normalisierung der Fischereibeziehungen erfolgreich verlaufen.

Die jüngste Aufregung über die Manöver Fire-Focus hält Howe für masslos übertrieben. Es habe sich keineswegs um eine militärische Grossaktion oder Machtdemonstration gehandelt. Grossbritannien sei angesichts der verfolgten Politik, wonach nur minimale militärische Bestände auf den Falkland permanent stationiert seien, darauf angewiesen, periodisch Manöver durchzuführen, die eine Ueberprüfung der Verstärkungsmöglichkeiten für den Notfall testeten.

BRF gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass das Verhältnis zwischen Argentinien und Grossbritannien in absehbarer Zukunft normalisiert werden kann.

12. Ratifikation der Zusatzprotokolle

BRF übergibt ein Aide-Mémoire und unterstreicht die grosse Bedeutung, welche die Schweiz als Depositarstaat und Sitz des IKRK den Genfer Zusatzprotokollen beimisst. Die britischen Bedenken hinsichtlich der Ratifikation seien uns wohl bekannt, dennoch sei die Schweiz der Auffassung, dass Grossbritannien als wichtiges NATO-Land mit einer Ratifikation einen entscheidenden Schritt für die Festigung der Prinzipien des humanitären Völkerrechts leisten könnte. Für den Fall, dass sich Grossbritannien nicht zur Ratifikation entschliessen könnte, wäre es von grosser Wichtigkeit, dass dieser Entscheid nicht urbi et orbi gefasst und verkündet würde, und damit eventuell noch weiterreichende negative Auswirkungen hätte.

Howe bestätigt, dass die britischen Schwierigkeiten mit der Ratifikation weitgehend bekannt seien. Diese seien auch ausführlich mit den Präsidenten des IKRK Hay und Sommaruga erläutert worden. Die britische Regierung habe sich im vergangenen Jahr zum Ziel gesetzt, dieses Jahr einen Entscheid zu treffen. Diese Absicht sei nach wie vor gültig.

13. Im Gespräch mit Bundespräsident Stich (S.) unterstrich Sir Geoffrey Howe (H.) die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern und das Interesse des Vereinigten Königreichs an einer guten Zusammenarbeit mit der Schweiz im Europarat und an der KSZE, insbesondere aber auch im Rahmen der Beziehungen zwischen EG- und EFTA-Staaten. Die Frage nach der britischen Mitwirkung im europäischen Währungssystem beantwortete H. mit dem Hinweis, dass die Zeit dafür noch nicht reif sei. S. unterstrich, dass die Schweiz ein Interesse an einer starken europäischen Währung habe, schon als Gegengewicht zum Dollar. S. und H. waren sich einig, dass der internen Währungsstabilität Vorrang vor der externen Stabilität zukommt. Bilaterale Zusammenarbeitsformen (H. wurde von S. auf den französisch - deutschen Wirtschaftsrat angesprochen) dürfen nach H. keine neuen Hürden innerhalb der EG bilden. Umweltschutzüberlegungen bei der industriellen Produktion kommen nach H. auch im Vereinigten Königreich heute grössere Bedeutung zu. H. unterstrich allerdings, dass ein gewisser Wohlstand Voraussetzung für eine erhöhte Umweltsensibilisierung eines Landes sei.

14. Auch das Gespräch mit Bundesrat Delamuraz (D) bezog sich auf die Zusammenarbeit mit Europa, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich. H. unterstrich die Bedeutung des freien Handels und beschrieb den europäischen Integrationsprozess als langdauernden evolutiven Prozess, der die Schweiz zu keinen überstürzten Massnahmen zwingt. H. sprach im weiteren die weltweite Landwirtschaftsproblematik und die Uruguay Runde des GATT an. D. erläuterte die Grundsätze der schweizerischen Landwirtschaftspolitik und unterstrich, dass die Schweiz, vom Käse abgesehen, keine landwirtschaftlichen Produkte exportiere. Um negative Auswirkungen auf den internationalen Handel zu verhindern, wurde verstärkt Gewicht auf Direktzahlungen und Selbstbeschränkungsmassnahmen gelegt. H. und D. waren sich im übrigen darin einig, dass es darum gehe, das Interesse der USA am GATT wach zu halten und dass auch in jenen Teilbereichen, an denen die USA nicht direkt interessiert sind, Verhandlungsfortschritte nötig sind.

15. Bundesrat Koller (K.) nahm mit H. den Abrüstungsprozess auf. H. vertrat die Auffassung, dass die Aushandlung eines START Uebereinkommens einige Zeit in Anspruch nehmen werde, doch sei ein gutes Abkommen einem schnellen Abkommen vorzuziehen. Eine weitere Reduktion der nuklearen Kapazitäten in West-Europa sei nicht erstrebenswert, soll nicht die Glaubwürdigkeit der Abschreckung in Frage gestellt werden. Abrüstung im konventionellem Bereich sei ein schwieriges Unterfangen wie die MBFR Verhandlungen gezeigt hätten; bei den chemischen Waffen stelle sich das Verifikationsproblem. K. wies auf die Verbindung zwischen Abrüstung und Menschenrechten hin. H. bekräftigte dies und erwähnte, dass selbst auf dem Gebiet der Menschenrechte viele neue Initiativen von Seiten der UdSSR stammen, was den Westen zwingen sollte, ebenfalls mit neuen Ideen aufzutreten. Auch die Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Rüstungssektor wurden angesprochen. K. wies auf die Bedeutung von Kompensationsofferten hin, die mit Grossbritannien beispielhaft funktionierten. Die Schweiz würde es jedoch begrüßen, wenn Grossbritannien auch vermehrt schweizerische Rüstungsgüter erwerben würde.

Besuch indischer Minister of State of Foreign Affairs,
Natwar Singh (S).

S ist von BR Felber am 21. März 1988 zu einem einstündigen Gespräch empfangen worden. Tour d'horizon betraf Sri Lanka, Afghanistan sowie Nuklear-Entwicklungen in Pakistan.

Zu Sri Lanka betonte S, dass Indien sein Engagement zu Ende führen werde, auch wenn indische Intervention und das bisherige Ausbleiben eines vollen Erfolges für New Delhi nicht ohne Probleme seien. S unterstrich, dass Indien nie auf die Forderung der radikalen Tamilen-Organisation LTTE nach einer Teilung der Insel und der Schaffung eines unabhängigen Tamilen-Staates eingehen werde.

Bezüglich Afghanistan bemerkte S, dass Indien den Abzug der sowjetischen Truppen begrüsse und die Errichtung eines neutralen und blockfreien Regimes in Kabul für einzige gangbare Lösung für die Zukunft Afghanistans betrachte. Der im Exil lebende König Zahir Shah sei zu schwach, um eine stabile und glaubwürdige Koalitionsregierung zu leiten. Im übrigen bedaure Indien die pakistanische Haltung in Genf, die die Unterzeichnung eines Truppenabzugs-Abkommens mit Kabul zum vorgesehenen Datum verhindert habe.

BR Felber konnte S der sorgfältigen Kontrolle allfälliger Transporte, bzw. Exporte sensitiven Materials von der Schweiz nach Pakistan im nuklearen Bereich versichern. S hatte auf bekannte Behauptungen betreffend Verwicklung schweizerischer Firmen in zweifelhafte Geschäfte mit Pakistan hingewiesen. S erklärte sich von den Präzisierungen BR Felbers befriedigt.

Visite du Ministre burundais des Relations Exterieures et de la
Cooperation, M. Cyprien Mbonimpa, le 23.3.1988

Les entretiens presides par F.R. Staehelin, Directeur de la DDA ont porte:

- sur l'evolution positive de la situation politique interne depuis le coup d'Etat de septembre 1987. Les detenus politiques du regime precedent ont ete liberes. Le conflit 'Eglise-Etat' s'est apaise: toutes les institutions presentes dans le pays ont leur role a jouer dans le developpement.

- . Sur les relations avec les Etats voisins (Zaire et Rwanda) qui se sont sensiblement ameliorées.
 - . Sur la situation économique qui reste par contre précaire. Un ensemble de mesures internes d'ajustement ont été prises ces deux dernières années alors que sur le plan international les cours du café et du thé (principales exportations du pays) s'effondraient. Le gouvernement entend néanmoins renforcer ses efforts en mettant l'accent sur production vivrière et sécurité alimentaire et promotion des exportations. La DDA avait cofinancé le premier crédit IDA dans le cadre de la Facilité spéciale pour l'Afrique, par souci de concentration sur quelques autres pays, elle ne participera pas au cofinancement du 2e crédit que prépare l'IDA.
 - . Sur les actions de coopération soutenues par la Suisse. Les attentes du Burundi sont fortes voire pressantes pour une ouverture de notre coopération à divers secteurs. Celle-ci est actuellement concentrée sur le développement communal, la promotion des entreprises artisanales et la formation universitaire d'économistes. Il a été rappelé notre disponibilité à un élargissement de nos appuis dans les deux premiers domaines seulement.
- La visite du Ministre s'est terminée par une visite de courtoisie au chef du Département.

VOYAGE A ALGER DU SECRETAIRE D'ETAT E. BRUNNER (BRE)
DU 20 AU 23 MARS 1988

BRE a été reçu à Alger par son homologue, le Secrétaire général du MAE Smail Hamdani, qui était venu en visite officielle à Berne en 1987. Il a eu, de plus, des entretiens avec le Ministre des Affaires étrangères, M. T. Ibrahimî, le Ministre de l'Intérieur, M. Khediri, le Ministre du Commerce extérieur, M. Cherifi, le Responsable du Secrétariat permanent du parti FLN, M. M. Messaadia, le Directeur de l'Institut national des Etudes stratégiques et globales, M. B. Benhamouda, le Président de la Commission des Affaires étrangères de l'Assemblée populaire nationale, M. A. Bensalah et le Cardinal Duval. Trois de ces personnalités sont membres du Bureau Politique et M. Messaadia est le No 2 du régime.

D'autre part, BRE a rencontré des représentants de la colonie suisse et a prononcé, devant les cadres du MAE, une conférence sur les relations entre pays neutres et non alignés en Europe.

L'Algérie d'aujourd'hui se distingue par les traits suivants :

- a) une politique étrangère active à la fois au plan régional où elle joue un rôle stabilisateur et travaille à la création du Grand Maghreb et au plan mondial où elle continue à être l'un des leaders des non-alignés et le porte-parole des mouvements de libération nationale;
- b) une libéralisation de l'économie, en crise depuis la chute des prix du pétrole, visant à assurer l'autonomie des entreprises nationales, la valorisation du secteur privé, la suppression des barrières tarifaires entre les pays du Maghreb ainsi que le développement de l'agriculture et du tourisme;
- c) une volonté de réforme de l'administration par la "débureaucratisation" et la simplification des procédures administratives.

Tous les interlocuteurs de BRE ont souligné la nouvelle orientation économique de l'Algérie, sa volonté de passer d'une économie planifiée avec allocation centralisée des ressources à une économie de marché, tout en préservant certains acquis socialistes, en particulier le partage équitable du revenu national et l'assise populaire du système socio-politique. Les dirigeants algériens accordent beaucoup d'importance à la meilleure information possible sur cette ouverture économique de leur pays.

L'entretien avec le MAE T. Ibrahimy a porté sur diverses questions de l'actualité internationale et, en particulier, sur la sécurité en Méditerranée. Celui-ci a fait valoir l'intérêt direct de son pays à être associé aux discussions sur la sécurité en Europe étant donné que tout conflit sur le Vieux Continent aurait des conséquences en Algérie, il suffit de penser à la 2ème guerre mondiale. Abondant dans son sens, BRE fait remarquer que le principal obstacle à un dialogue dans ce domaine vient de la participation de tous les pays méditerranéens, y compris Israël.

Le Secrétaire général Hamdani, pour sa part, a tout d'abord souligné la complémentarité de la politique étrangère des neutres et des non-alignés, un domaine de coopération entre la Suisse et l'Algérie qu'il faudrait mieux analyser et approfondir. Les sujets suivants ont aussi été abordés :

- * Désarmement : l'Algérie conçoit la sécurité collective non seulement par le désarmement atomique, mais aussi en termes de réduction des armes conventionnelles et d'une recherche de solution aux déséquilibres économiques, en particulier au problème de la dette du Tiers-Monde.
- * Moyen-Orient : l'Algérie souhaite et travaille à une désarabisation et une palestiniisation de la question palestinienne au même titre que la lutte d'indépendance de l'Algérie a été avant tout algérienne. Ce réajustement permettra l'affranchissement de l'OLP des tutelles géo-politiques ou idéologiques qui l'ont beaucoup affaiblie. La véritable sécurité d'Israël, pour Hamdani, viendra non de la force militaire d'Israël et de l'occupation, mais de son intégration dans la zone géo-politique du Moyen-Orient. Pour le moment, Israël y est un corps totalement étranger. La révolte des jeunes Palestiniens et la naissance d'une direction politique palestinienne de l'intérieur a redonné sa place centrale au problème de fond, c'est-à-dire au droit à l'auto-détermination et à la souveraineté du peuple palestinien. Alger souhaite une participation accrue des Européens au processus de paix au Moyen-Orient.
- * Conflit Iran-Irak : selon des contacts récents qu'Alger a eus avec Téhéran, deux tendances se feraient jour au sein du régime iranien, l'une dure et intransigeante, et l'autre plus modérée, qui n'exigerait plus le départ du président irakien et accepterait un cessez-le-feu suivi d'un retrait des troupes et d'un échange de prisonniers avant que la commission d'enquête de l'ONU ait publié ses conclusions.
- * Liban : l'Algérie, qui entretient des relations avec les autorités civiles et religieuses de toutes les factions, estime que seul un arrangement interne pourra débloquer la situation. Il s'agit pour les Libanais d'instituer un nouveau pacte national qui, soit diminuerait les pouvoirs du président maronite, soit ouvrirait la fonction présidentielle à toutes les confessions.

- * Tunisie : la succession de Bourguiba a été réglée d'une façon constitutionnelle et pacifique et surtout dans le respect de l'ancien président, qui demeure une figure mythique dans tout le Maghreb. L'Algérie agit en qualité de médiateur entre la Tunisie et la Lybie en vue de la normalisation de leurs relations consulaires puis diplomatiques.
- * Sahara : la question du Sahara gêne considérablement le processus de rapprochement maghrébin. Une esquisse de solution se fait actuellement jour grâce aux travaux de la commission technique ad hoc de l'ONU et à la perspective de la visite du secrétaire général de l'ONU et du président en exercice de l'OUA prévue à fin avril 1988. Ces efforts devraient déboucher sur un arrangement qui pourrait prendre au moins trois formes :
 - organisation du référendum par l'ONU après le retrait des troupes et de l'administration marocaines (voie namibienne)
 - dialogue direct entre le Polisario et le Maroc sur les modalités d'organisation du référendum (voie algérienne)
 - arrangement direct entre le Polisario et le Maroc sans référendum (condominium sur le Sahara).
- * Grand Maghreb : l'Algérie souhaite vivement que les problèmes régionaux soient réglés au niveau régional sans l'intervention de puissances extérieures. C'est la raison pour laquelle elle travaille à la constitution du Grand Maghreb impliquant, non l'union entre pays d'Afrique du Nord, mais une concertation mutuelle dans le domaine politique et le développement de la coopération économique. Pour le moment, l'Algérie, la Tunisie, la Mauritanie et la Lybie participent à ce processus alors que le Maroc et la République Saharaouie, s'excluant mutuellement, en sont tenus informés. Au niveau régional, Alger entend jouer un rôle stabilisateur sans aucune volonté d'isoler le Maroc.
- * Tchad : Alger souhaite que le conflit opposant Tripoli à N'Djamena demeure à l'échelle régionale sans intervention de puissances extérieures. Au sein de l'OUA, le comité Bongo s'efforce de déplacer les discussions de la question de la souveraineté de la bande d'Aouzou, qui devrait être soumise à la CIJ, vers des points plus essentiels, soit la reconnaissance mutuelle des deux régimes, la réconciliation des diverses factions tchadiennes et la garantie d'une sécurité réciproque entre les deux pays.

Chez tous les interlocuteurs, on a senti un grand attachement à la Suisse dû à notre rôle de pays refuge pendant la guerre de libération algérienne et à nos bons offices lors des négociations d'Evian. Le refroidissement des relations après l'indépendance n'a pas été mentionné. Alger souhaite que ces liens, encore renforcés par l'usage commun du français, se traduisent par un accroissement des échanges économiques et culturels.

Au niveau bilatéral, le Ministre de l'Intérieur, M. Khediri, a informé BRE que les autorités algériennes avaient décidé d'indemniser les propriétaires de la Maison suisse, qui avait été confisquée. Un accord d'aide en cas de catastrophe est prêt à la signature et Alger a proposé de régler le problème des enlèvements d'enfants de couples mixtes par un échange de lettres permettant la circulation transfrontalière des enfants concernés en attendant l'élaboration d'une convention d'entraide judiciaire, un souhait algérien.

BRE a d'autre part demandé au MAE, M. Ibrahim, l'appui de l'Algérie pour la reconduction du mandat de M. Hocké au HCR et a rappelé à ces interlocuteurs l'importance que la Suisse attache à la ratification des protocoles additionnels.

Conseil de l'Europe: Entretiens bilatéraux Suisse-Autriche

Les entretiens bilatéraux avec l'Autriche sur les problèmes du Conseil de l'Europe - organisés informellement sur une base annuelle - se sont déroulés à Vienne les 22 et 23 mars 1988. La délégation suisse était dirigée par l'Ambassadeur Jenö Staehelein. Un large tour d'horizon des nombreux problèmes auxquels le Conseil de l'Europe est actuellement confronté a pu être réalisé. Les problèmes structurels de l'Organisation et sa position par rapport à la CE ont pourtant été au centre des discussions. Le développement des contacts avec les pays de l'Est et le problème, soulevé par les Autrichiens, de l'afflux dans leur pays de réfugiés en provenance de leurs voisins de l'Est, ont également fait l'objet d'analyses. Une grande convergence d'opinions est apparue entre les deux délégations sur les réformes internes à entreprendre (nombre d'activités, utilisation des fonds disponibles, etc.) et sur l'utilité de faire des propo-

sitions coordonnées d'actions concrètes dans les domaines de prédilection du Conseil de l'Europe, y compris dans le domaine culturel. Nos réserves et objections à l'égard des réflexions relatives aux possibilités d'étendre certaines dispositions communautaires aux pays du Conseil de l'Europe sont apparues par contre plus fondamentales que celles de nos partenaires. Tout en rappelant les différences essentielles entre la coopération politique communautaire et le dialogue politique du Conseil de l'Europe, les deux délégations ont réaffirmé leur intérêt à ce dernier, qui doit toutefois porter sur des sujets mieux définis.

Teil Gründung der Stiftung "Auslandschweizerplatz, Brunnen)

Am 21. März 1988 ist die Stiftung "Auslandschweizerplatz, Brunnen" gegründet worden, welcher die Aufgabe des Kaufes, der Gestaltung und des Betriebes des künftigen Auslandschweizerplatzes obliegt. Im Stiftungsrat sind neben dem Bund (vertreten durch das EDA, in der Person vom Minister Fetscherin) der Regierungsrat des Kantons Schwyz sowie die zuständigen Bezirks- und Gemeindebehörden vertreten; zum Vorsitzenden wurde Prof. Walther Hofer, Präsident der Auslandschweizerkommission der NHG, gewählt. Als ersten Akt hat die Stiftung den Kaufrechtsvertrag unterschrieben, welcher ihr die Möglichkeit des Erwerbs des fraglichen Landstückes bis Ende September 1988 verleiht. Einmal mehr kam beim Gründungsanlass das grosse Wohlwollen und der Unterstützungswille aller lokalen Behörden für dieses Projekt zum Ausdruck.

Ueber den Verlauf der nun unter den Auslandschweizern und teilweise auch im Inland in Gang gesetzten Sammelaktion werden wir Sie auf dem laufenden halten.

Jahresversammlung der interamerikanischen entwicklungsbank (idb)
und der interamerikanischen investitionsgesellschaft (iic)

von: 21.-23. märz 1988 fanden in caracas die jahresversammlungen der idb und der iic statt. Zum vorsitzenden der tagung sowie der sitzungen des gouverneursausschusses bis zur naechsten jahresversammlung (amsterdam, märz 1989) wurde der venezolanische finanzminister, hector nurlado, gewaehlt.

da die 7. kapitalaufstockung der idb immer noch nicht verwirklicht werden konnte und wegen der massiven abwertung des dollars (herabsetzung der verschuldungskapazitaet der idb), konnte die idb 1987 lediglich kredite in der hoehe von dollars 2,361 mrd. (1986 dollars 3,037 mrd.) vergeben. wegen dieser weiteren, 1985 begonnenen vermindering des darlehensprogramms, musste die idb zum ersten mal einen negativen transfer von konvertiblen waehrungen (- dollars 118,4 mio.) nach lateinamerika und die karibik verzeichnen.

die 44 mitgliedslaender der bank gaben der noeffnung ausdruck, dass der neu gewaehlte praesident, enrique v. iglesias (vorheriger aussenminister uruguays), die idb aus ihrer krise herausfuehren wird und dass unter seiner leitung auch die iic ihre aufgabe, naemlich die unterstuetzung von kleinen und mittleren privaten unternehmungen, tatkraeftig in angriff nimmt. e. iglesias, der sein amt anfangs april antreten wird, beabsichtigt, so bald als moeglich ein "high level committee" von ca. zehn "weisen" persoenlichkeiten (inklusive banquiers) zu schaffen, um die als dringend erachteten reformen (insbes. verbesserung der laenderprogrammierung, politikdialog, v.a. im rahmen der einfuehrung von sektordarlehen, reorganisation, erhoehung der transparenz und der effizienz in der personalpolitik) einzuleiten. es wird allgemein damit gerechnet, dass die usa (34,5 prozent der stimmen) bei einem fuer sie zufriedenstellenden verlauf des reformprozesses spaetestens im herbst dieses jahres gruenes licht fuer die wiederaufnahme der im oktober 1987 abgebrochenen ressourcenaufstockungsverhandlungen geben werden. zudem gibt es verschiedene anzeichen dafuer, dass die usa in diesem fall von ihrer forderung nach der einfuehrung eines entscheidungsmechanismus, der innen allein oder zusammen mit kanada ein vetorecht gaebe, abstand nehmen werden. zu erwaehnen ist, dass sich alle lateinamerikanischen und nichtregionalen mitgliedslaender, inklusive die schweiz, von anfang an gegen einen solchen entscheidungsmechanismus ausgesprochen hatten (unvereinbarkeit mit den prinzipien der multilateralen zusammenarbeit).

die schweizerische delegation unter leitung von botschafter david de pury wurde vom neuen idb-praesidenten zu einem gedankenaustausch ueber die zukunft der bank empfangen. e. iglesias drueckte dabei den wunsch nach einer baldigen diskussion mit den schweizer behoerden und banken ueber kofinanzierungsmoeglichkeiten aus. er gab zudem zu verstehen, dass er es schaeetzen wuerde, wenn die wiederaufnahme der ressourcenaufstockungsverhandlungen in der schweiz (vielleicht im september 1988, vor der jahrestagung weltbank/imf in berlin) stattfinden koennte. praesident iglesias wird uebrigens moeglicherweise noch diesen fruehling der schweiz einen besuch abstatten.

in seiner erklärung vor der plenarversammlung unterstrich der schweizerische delegationschef die dringlichkeit, sowohl von internen reformen in der bank als auch einer kapitalaufstockung. er beglueckwuenschte die bank zu ihren anstrengungen im umweltschutzbereich und sprach sich fuer eine noch staerkere beruecksichtigung sozialer aspekte in der projektvergabe. botschafter de pury ging anschliessend auf die internationalen rahmenbedingungen ein - v.a. wiederherstellung eines funktionsfaehigen internationalen waehrungs- und handelssystems -, die die notwendigen strukturpolitischen anstrengungen der lateinamerikanischen volkswirtschaften begleiten muessen.

die jahresversammlung vereinigte rund 2'500 delegierte, bankiers, beobachter und journalisten. sie gab der schweizerischen delegation gelegenheit, zahlreiche kontakte zu knuepfen und auch bilaterale probleme zur sprache zu bringen.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN
Presse- und Informationsdienst

Bern, den 29.3.1988

1.A.22.14.7.2. - BE/1A

Interne Verteilerliste

Betrifft:

Inform. behd. 11/88 und Direct. pol. 10/88

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiter	Frau Hanselmann	
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Brunner	BRE
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Barras	BF
Protokoll	Botschafter Barbey	BAC
Politisches Sekretariat	Botschafter Ramseyer	RY
Politischer Dokumentationsdienst, Kanzlei pol. Sekretariat		W 338
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg Hr. Faivet	LA FB
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin Hr. Pedotti	SIN PGF
Dienst Frankophonie	Hr. De Dardel	DJ
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Ruegg Hr. Blickenstorfer	RUE BLI
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Robert	RO
Auslandschweizersekretariat	Minister Fetscherin	FN
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Muheim Minister Erard Minister Gyger	MF ER GWB
Sektion Vereinte Nationen und intern. Organisationen	Hr. Hofer	HER

Sektion intern. wissenschaftliche Angelegenheiten	Hr. Creola	CRE
Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Schmid	SCW
Sektion f. kulturelle und UNESCO- Angelegenheiten	Hr. Luciri	LC
Sekretariat der nationalen schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Stettler Minister Godet	KT STR GT
Sektion Völkerrecht	Hr. Spinner	SPI
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sektion Rekrutierung und Ausbildung des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Kaiser/Hr. Reich	KA/RE
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Doswald	DW
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Trinkler Hr. Castelli	TK CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Delegierter für Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Bill	BH
Vizedirektor	Hr. Giovannini	GI
Informationsdienst	Hr. Högger	HL
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Leuzinger	LP
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Hr. Pasquier	PA
Integrationsbüro EDA/EVD	Frau Schelling R. Minister Kellenberger	SGR Ke

Bern, den 29.3.1988

CK 29. März 88 14

TELEGRAMM (CH)

a) an die diplomatischen Vertretungen in: 10/88

- | | | |
|-----------------|----------------|------------------|
| - Accra | - Helsinki | - Rabat |
| - Addis Abeba | - Houston | - Riad |
| - Alger | - Islamabad | - Rio de Janeiro |
| (- Amman) | - Istanbul | - Rom |
| - Ankara | - Jakarta | - San Francisco |
| - Athènes | - Johannesburg | - San José |
| - Bagdad | - Kairo | - Santiago |
| - Bangkok | - Kinshasa | - Sao Paulo |
| - Barcelona | - Lagos | - Seoul |
| - Beirut | - Lima | - Stockholm |
| - Berlin Ost | - Lissabon | - Teheran |
| - Berlin West | - London | - Tel-Aviv |
| - Bombay | - Los Angeles | - Tokio |
| - Bonn | - Luxemburg | - Washington |
| - Brasilia | - Madrid | - Wien |
| - Brüssel (2) | - Marseille | |
| - Budapest | - Mexiko | |
| - Buenos Aires | - Montreal | |
| - Bukarest | - Moskau | |
| - Canberra | - Nairobi | |
| - Caracas | - New Delhi | |
| - Chicago | - New York (2) | |
| - Colombo | - Ottawa | |
| - Dar es Salaam | - Oslo | |
| - Den Haag | - Paris (3) | |
| - Djeddah | - Peking | |
| - Dublin | - Prag | |
| - Guatemala | - Pretoria | |
| - Havanna | | |

b) per Kurier:

Abidjan		
Abu Dhabi		
Addis Abeba	Hamburg	Panama
Akkra	Hanoi	Panmunjom
Alger	Harare	Paris (3)
Amman	Havanna	Prag
Amsterdam	Helsinki	Pretoria
Ankara	Hong Kong	Quito
Antananarive	Houston	Rabat
Asuncion	Islamabad	Rio de Janeiro
Athen	Istanbul	Rom
Atlanta	Jakarta	San Francisco
Bagdad	Johannesburg	San José
Bangkok	Kairo	Santiago de Chile
Barcelona	Karachi	Sao Paulo
Beijing	Khartoum	Singapur
Beirut	Kigali	Sofia
Belgrad	Kinshasa	Stockholm
Berlin/BRD	Kopenhagen	Strassburg+Europarat
Berlin/DDR	Kuala Lumpur	Stuttgart
Bogota	Kuwait	Seoul
Bombay	Lagos	Sydney
Bonn	La Paz	Teheran + Fremde Interessen
Bordeaux	Lima	Tel-Aviv
Brasilia	Lissabon	Tokio
Brüssel+Mission	London	Toronto
Budapest	Los Angeles	Tripolis
Buenos Aires	Luanda	Tunis
Bukarest	Luxembourg	Vancouver
Canberra	Lyon	Warschau
Caracas	Madrid	Washington
Chicago	Mailand	Wellington
Colombo	Manchester	Wien
Conakry	Manila	Yaoundé
Dakar	Maputo	Zagreb
Damaskus	Marseille	
Dar es Salaam	Melbourne	
Den Haag	Mexiko	
Dhaka	Montreal	
Djeddah	Monrovia	
Dublin	Montevideo	
Düsseldorf	Moskau	
Frankfurt a/Main	München	
Genua	Nairobi	
Guatemala	New Delhi	
	New York, UNO+GK	
	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste